

PRESSEMITTEILUNG

zu Gewinnen der Stadtwerke und steigenden
Gaspreisen

Norderstedt, 18.02.2022

Arne Lunding



Fraktion Norderstedt
Rathausallee 62 22846 Norderstedt
+49 40 53595507
fraktion@gruene-norderstedt.de
www.gruene-norderstedt.de

Investieren statt konsumieren

Im letzten Stadtwerkeausschuss stand die schwierige Entscheidung über den zukünftigen Preis in der Gasversorgung an. Anhand der transparenten und öffentlichen Daten folgte die klare Mehrheit dem Vorschlag der Geschäftsführung, den Preis zum April deutlich zu erhöhen. Bis dahin, also in den Monaten großen Verbrauchs, gilt für die Altkunden noch der niedrige Preis. Dies ist möglich, weil die meisten kommunalen Unternehmen bundesweit langfristig einkaufen und planen, also Daseinsvorsorge betreiben. Dies unterscheidet sie vom Geschäftsmodell der „Billiganbieter“, die ihre Gewinne vor allem machen konnten, weil die Großhandelspreise jahrelang sanken.

Dass eine Partei im Ausschuss gegen die Preiserhöhung stimmte, ließ aber bereits eine durchsichtige Aktion billigen Populismus erwarten. Den daraufhin verbreiteten Behauptungen muss deutlich widersprochen werden. Die Forderung, Gewinne der Stadtwerke -meist aus der Telekommunikation- sozusagen durch niedrigere Gaspreise zu verfeuern, ist natürlich nicht rechtens und auch unwirtschaftlich. Querfinanzierungen verschiedener Geschäftsbereiche sind juristisch kritisch. Die Gewinne machen es Stadt und Stadtwerken möglich, in Einsparungen und erneuerbare Energien zu investieren, was wiederum die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert. So schaffen wir die Möglichkeit bezahlbarer Energiekosten für alle Bürger*innen durch Investitionen, z.B. in Solarthermie für BHKWs.

Natürlich ist es offensichtlich, dass die enormen Steigerungen der Energiepreise den Menschen mit geringem Einkommen große Probleme bereiten. Aber eine Subventionierung des Gaspreises wäre nicht nur nicht nachhaltig, sondern auch höchst unsozial. Wer viel verbraucht, profitiert auch viel, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten. Wer sozial handeln will, der müsste vor allem bei den Mieten ansetzen. Hier würden wir erwarten, dass gewinnorientierte Unternehmen mal auf etwas Profit verzichten. Das wäre auch sehr gezielt möglich; und in der Kommune kann man mehr Sozialwohnungen bauen. Dass das nicht unbedingt im Fokus der Freien Wähler steht, wenn der stellvertretende Fraktionsvorsitzende auch Vorsitzender von Haus und Grund ist, ist natürlich nachvollziehbar.

Die Grünen in Norderstedt stehen zu den Plänen der Ampel-Koalition, gezielt Hilfen vom Bund für niedrige Einkommen zu zahlen. Und die Gewinne der Stadtwerke sollen unbedingt nachhaltig in der Kommune investiert werden.